



Landratsamt • Postfach 11 04 53 • 74507 Schwäbisch Hall

Konsultation AGVO

per Mail

**Amt für Wirtschafts- und Regionalmanagement
Ulrike Schenk**

Gebäude: Münzstraße 1
74523 Schwäbisch Hall

Fon: 0791 755-7220

Fax: 0791 755-7339

Öffnungszeiten

Montag - Freitag 08:00 – 12:00 Uhr

Montag - Mittwoch 13:00 – 15:30 Uhr

Donnerstag 13:00 – 17:00 Uhr

E-Mail: u.schenk@LRASHA.de

www.LRASHA.de

Datum: 26.09.2019

Aktenzeichen: EU_Beilhilferecht

**EU-Beihilferecht: Öffentliche EU-Konsultation zur gezielten Überarbeitung der AGVO
in Verbindung mit EU-Fördermitteln
Rundschreiben 787/2019 Landkreistag Baden-Württemberg**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie mit Rundschreiben 787/2019 vom Landkreistag Baden-Württemberg mitgeteilt, wird derzeit eine erste öffentliche Konsultation zur gezielten Überprüfung der AGVO (EU Verordnung Nr. 651/2014) eingeleitet. Diese Überprüfung legt ihr Hauptaugenmerk auf die Bereiche, Fonds „InvestEU“, Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsvorhaben (F&E&I-Vorhaben) und Projekte der Europäischen territorialen Zusammenarbeit (Interreg). Der Landkreis Schwäbisch Hall ist von diesen Bereichen nur am Rande betroffen, jedoch ist uns bei Prüfung der Unterlagen aufgefallen, dass der Begriff KMU hier regelmäßig verwendet wird.

Bei der Gewährung von Zuschüssen aus dem Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum (ELR) muss bei gewissen Konstellationen regelmäßig geprüft werden, ob eine autonome Gebietskörperschaft (Gemeinde) den Vorgaben des Artikel 3 Absatz 2d des Anhangs 1 (KMU Definition) der EU Verordnung 651/2014 entspricht. Liegt der Jahreshaushalt der Gemeinde unter 10 Mio. € und die Einwohnerzahl unter 5.000 sind für diesen Ort die KMU Kriterien erfüllt.

Diese Grenzwerte bestehen laut unseren Recherchen bereits seit mehr als 10 Jahren. Von den 28 Kreisgemeinden des Landkreises Schwäbisch Hall liegt bei 19 die Einwohnerzahl unter 5.000 Personen. Der kameralistische Jahreshaushalt (Addition von Verwaltungs- und Vermögenshaushalt) laut Haushaltssatzung beträgt aber bei 16 dieser Gemeinden jährlich über 10 Mio. €. Somit erfüllen nur drei Gemeinden die Voraussetzungen, was aus unserer Sicht dafür spricht, dass diese Zahlen nicht mehr zeitgemäß sind.

Darüber hinaus wird seit 1999 sukzessive die doppelte Buchführung für alle Gemeinden in Deutschland eingeführt. Dies ist bereits nahezu für alle Bundesländer erfolgt. In der Doppik ist der Begriff „Jahreshaushalt“ so nicht vorgesehen. Es wird ein Ergebnishaushalt und ein Finanzhaushalt geführt. Der Ergebnishaushalt ähnelt am ehesten der Gewinn- und Verlustrechnung eines Unternehmens, woraus sich der Jahresumsatz der Gemeinde ablesen lässt. Im Finanzhaushalt werden die Zahlungsvorgänge (Ein- und Auszahlungen)

dargestellt. Eine Addition beider „Haushalte“ wie zuvor von Vermögens- und Verwaltungshaushalt zur Ermittlung des Haushaltsvolumens ist so nicht mehr möglich.

Auf der Homepage des statistischen Landesamtes Baden-Württemberg werden noch Zahlen nach kameralistischen Grundsätzen bei Gemeinden dargestellt, die nach unserem Kenntnisstand bereits mit einer doppelten Buchführung arbeiten. Dies ist deshalb ebenfalls nicht sehr schlüssig.

Wir sind in Absprache mit der Kommunalaufsicht unseres Landkreises der Meinung, dass Artikel 3 Absatz 2d des Anhang 1 der EU Verordnung 651/2014 angepasst werden müsste. Der Begriff „Jahreshaushalt“ sollte besser durch den Begriff „Ergebnishaushalt“ ersetzt werden. So wäre eindeutig definiert, von welchem Wert auszugehen ist. Ebenso sollte nach über 10 Jahren eine Anpassung der Grenzwerte erfolgen. Für die Gemeinden sind zahlreiche neue Aufgaben hinzugekommen, so dass sich die Haushaltszahlen tendenziell in allen Gemeinden nach oben entwickelt haben.

Wir möchten Sie bitten, die vorgeschlagenen Änderungen in die Überarbeitung mit einfließen zu lassen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Susanne Kraiß